



# Tagblatt

Engtalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Engtal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlandsverkehr monatlich 1,26 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Engtalbote & Co., Wildbad; Druckerei: Gewerbetreibende Filiale Wildbad. — Postfach 201 14 Stuttgart. — Verteilung: Engtalbote & Co., Wildbad; Postamt Wildbad. — In Kontraktstellen oder wenn gezielte Verbreitung notwendig wird, kann jede Reichsbesetzung weg. — In Kontraktstellen oder wenn gezielte Verbreitung notwendig wird, kann jede Reichsbesetzung weg. — In Kontraktstellen oder wenn gezielte Verbreitung notwendig wird, kann jede Reichsbesetzung weg.

Nummer 21      Februar 479      Freitag den 25. Januar 1935      Februar 479      70. Jahrgang

## Zuerst Zinsentlastung

**Auf dem Wege zu einem einheitlichen Zinsniveau**  
WPD. Die Ueberwindung des hohen Kriegs- und Nachkriegszinsfußes hat in der ganzen Welt Fortschritte gemacht. Es sind in zahlreichen Ländern nicht nur erfolgreich Zinskonversionen vorgenommen worden, sondern es konnten auch in der ganzen letzten Zeit fast überall neue Anleihen zu niedrigem Zinsfuß in den Verkehr gebracht werden. In England sind heute bereits langfristige Anleihen mit einem Zinsfuß von 2,75 und 3 Prozent keine Seltenheit.

Auch in Deutschland ist der Prozeß der natürlichen Zinsentlastung in der ganzen letzten Zeit vorangeschritten, nachdem er unter einem früheren kurzfristigen System durch Zwangseingriffe mehrfach unterbrochen worden war. Heute stehen wir vor dem unmittelbaren Abschluß einer Periode der Zinsentlastung auf organischer Grundlage, die bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Das bisher Erreichte ist nicht gering. Auf großen Gebieten unserer Wirtschaft sind bereits Zinsätze in Kraft, die vom Standpunkt des Schuldners, wie auch des Gläubigers tragbar sind. Leider war die Zinsentlastung besonders im langfristigen Kredit keine allgemeine, so daß unser gegenwärtiges Zinsniveau in sich zerrissen ist. Man braucht nur an den deutschen Realcredit zu denken, wo in der Landwirtschaft allgemein der Zinsfuß für Hypotheken auf 4 Prozent gesenkt ist. Im häuslichen Realcredit sind die Zinsen der Hypotheken der Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Sozialversicherungsträger usw. auf durchweg 5 bis 5,5 Prozent, teilweise auch darunter, ermäßigt worden. Im Kommunalcredit sind die umgeschuldeten kurz- und mittelfristigen Kredite in der Größenordnung von rund drei Milliarden RM. auf 4 Prozent gesenkt. Ein Zinsfuß von 6 und 6,5 Prozent gilt durchweg nur noch für diejenigen Forderungen langfristiger Art, die auf Grund der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen entstanden sind, also für Reichsanleihen, Länderanleihen, Kommunalanleihen, für Pfandbriefe und damit für auf Pfandbriefbasis gewährte Hypothekarkredite, soweit es sich nicht um landwirtschaftliche Hypotheken handelt, für Kommunalobligationen usw.

Um die kurz gekennzeichneten Unebenheiten im deutschen Zinsniveau zu beseitigen und damit die Zinslasten aller Schuldnergruppen und Einzelschuldner auf ein einheitliches ermäßigtes Niveau zu bringen, mußte der Hebel am Zinsentlastung zu denken, wo in der Landwirtschaft allgemein der Zinsfuß für Hypotheken auf 4 Prozent gesenkt ist. Im häuslichen Realcredit sind die Zinsen der Hypotheken der Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Sozialversicherungsträger usw. auf durchweg 5 bis 5,5 Prozent, teilweise auch darunter, ermäßigt worden. Im Kommunalcredit sind die umgeschuldeten kurz- und mittelfristigen Kredite in der Größenordnung von rund drei Milliarden RM. auf 4 Prozent gesenkt. Ein Zinsfuß von 6 und 6,5 Prozent gilt durchweg nur noch für diejenigen Forderungen langfristiger Art, die auf Grund der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen entstanden sind, also für Reichsanleihen, Länderanleihen, Kommunalanleihen, für Pfandbriefe und damit für auf Pfandbriefbasis gewährte Hypothekarkredite, soweit es sich nicht um landwirtschaftliche Hypotheken handelt, für Kommunalobligationen usw.

Am die kurz gekennzeichneten Unebenheiten im deutschen Zinsniveau zu beseitigen und damit die Zinslasten aller Schuldnergruppen und Einzelschuldner auf ein einheitliches ermäßigtes Niveau zu bringen, mußte der Hebel am Zinsentlastung zu denken, wo in der Landwirtschaft allgemein der Zinsfuß für Hypotheken auf 4 Prozent gesenkt ist. Im häuslichen Realcredit sind die Zinsen der Hypotheken der Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Sozialversicherungsträger usw. auf durchweg 5 bis 5,5 Prozent, teilweise auch darunter, ermäßigt worden. Im Kommunalcredit sind die umgeschuldeten kurz- und mittelfristigen Kredite in der Größenordnung von rund drei Milliarden RM. auf 4 Prozent gesenkt. Ein Zinsfuß von 6 und 6,5 Prozent gilt durchweg nur noch für diejenigen Forderungen langfristiger Art, die auf Grund der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen entstanden sind, also für Reichsanleihen, Länderanleihen, Kommunalanleihen, für Pfandbriefe und damit für auf Pfandbriefbasis gewährte Hypothekarkredite, soweit es sich nicht um landwirtschaftliche Hypotheken handelt, für Kommunalobligationen usw.

## Tagespiegel.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Donnerstag eine Reihe wichtiger Gesetze, vor allem ein Gesetz, das auf 1. April die gesamte Rechtspflege auf das Reich überführt.

Wichtig ist ferner der Kabinettsbeschluss, wonach der Reichsstatthalter künftig an der Spitze der Landesregierung steht.

Die neue deutsche Gemeindeordnung soll am 30. Januar bekanntgegeben werden, ebenso neue Gesetze über das Saargebiet.

Die organische Zinsentlastung wird durch ein Gesetz über Zinsermäßigung bei den Kreditanstalten derart durchgeführt, daß die sprozentigen Pfandbriefe in 4 1/2-prozentige umgewandelt werden.

Im Saargebiet hat die Regierungskommission eine große Amnestie erlassen.

## Wichtige Kabinettsbeschlüsse

Der Dank der Reichsregierung an die Saar — Umfangreiche Gesetzesarbeit zur Reichsreform — Neue deutsche Gemeindeordnung — Gesetz zur organischen Zinsentlastung

Berlin, 24. Jan. In der Sitzung des Reichskabinetts am Donnerstag gedachte der Führer und Reichskanzler zunächst mit tiefempfindenen Worten des Dankes und der Freude des überwältigenden deutschen Sieges bei der Saara b s t i m m u n g, auf dessen politische Bedeutung er kurz hinwies. Das ganze deutsche Volk sei den Saardeutschen für ihre große Treue und Beharrlichkeit tiefsten Dank schuldig.

Alsdann nahm der Führer und Reichskanzler die offizielle Einführung des neuen Reichsministers ohne Geschäftsbereich, Dr. Hans Franke, vor.

Das Reichskabinett verabschiedete hierauf das dritte Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich. Nachdem die Leitung der Justizverwaltung der Länder in der Hand des Reichsministers der Justiz vereinigt worden ist, übernimmt das Reich als Träger der Justizhoheit die gesamte Justiz mit allen Zuständigkeiten, Rechten und Pflichten, mit allen Justizbehörden und Justizbediensteten.

Den Hauptteil der heutigen Kabinettsitzung bildeten die von dem Reichsminister des Innern vorgelegten Gesetze, die einen wesentlichen weiteren Schritt zur Reichsreform bedeuten. Es handelt sich dabei um das Reichsstatthaltergesetz, wonach der Reichsstatthalter in Zukunft grundsätzlich an der Spitze der Landesregierung stehen soll und die Stellung des Reichsstatthalters derjenigen der preussischen Oberpräsidenten angepaßt wird, ferner um die neue deutsche Gemeindeordnung, die sich auf die gegenwärtigen Grundzüge des bisherigen Landesrechts gründet, aber eine weitgehende Mitwirkung der Partei in der Gemeindeverwaltung vorsieht.

Diese umfangreiche und weittragende Gesetzesarbeit, die nach einer eingehenden Aussprache vom Reichskabinett gebilligt wurde, wird am 30. Januar d. J. der Öffentlichkeit übergeben werden. Zum gleichen Termin werden die heute ebenfalls beschlossenen Gesetze über die vorläufige Verwaltung des Saarländes und über die Vertretung des Saarländes im Reichstag veröffentlicht werden.

Schließlich nahm das Reichskabinett das von dem mit der Führung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragten Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vorgelegte Gesetz über die Durchführung einer Zinsentlastung bei Kreditanstalten an, durch das die seit langem angestrebte und vorbereitete organische Zinsentlastung nunmehr in die Tat umgesetzt wird.

## 500 Millionen 4,5-prozentige Reichsanleihe

Berlin, 24. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsbank hat für Rechnung des Reiches mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank 500 Millionen 4 1/2-prozentige Deutsche Reichsanleihe zum Kurse von 98 1/2 Prozent zur Unterbringung bei den Sparkassen abgeschlossen.

Die Anleihe wird geteilt mit jährlich 2 Prozent der ursprünglichen Summe unter Verwendung der Zinsersparnisse zur Tilgungsverstärkung. Die Abnahme und Bezah-

lung der Anleihe erfolgt mit 40 Prozent zum 20. Februar 1935, 30 Prozent zum 15. Mai 1935, 30 Prozent zum 15. August 1935.

Der Erlös der Anleihe ist zur Konsolidierung von Aufwendungen für Arbeitsbeschaffungszwecke bestimmt und dient somit der Erleichterung der Finanzlage des Reiches in den späteren Jahren.

Die Zulassung der Anleihe zum Lombardverkehr der Reichsbank ist vorgeesehen.

## Die Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten

Berlin, 24. Jan. In der Sitzung des Reichskabinetts wurde das schon seit langem erwartete Gesetz über die Durchführung einer Zinsermäßigung bei den Kreditanstalten beschlossen und verhängt.

Darnach wird den Kreditanstalten, die den Inhabern ihrer mit 6 v. H. und höher verzinslichen Schuldverschreibungen die Abänderung des zwischen ihnen bestehenden Rechtsverhältnisses anbieten, die Ermächtigung erteilt, dieses Angebot zu erlassen mit der Maßgabe, daß es als vom Inhaber angenommen gilt, wenn es von ihm nicht innerhalb einer Frist von zehn Tagen abgelehnt wird. Schuldverschreibungen im Sinne dieses Gesetzes sind solche, auf die das Hypothekengesetz vom 13. Juli 1899 oder das Gesetz über Pfandbriefe und verwandter Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927 oder das Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) vom 14. August 1933 Anwendung findet.

Das Angebot muß die Herabsetzung des Zinsfußes auf 4,5 v. H. jährlich mit Wirkung vom 1. April 1935 an unter Gewährung einer einmaligen, dem Inhaber der Schuldverschreibung mit dem nächsten nach dem 31. März 1935 fälligen Zinssein bar zu zahlenden Entschädigung von 2 v. H. des Nennbetrages der Schuldverschreibung vorsehen.

Die aus der Annahme des Angebots sich ergebende Zinsersparnis bei der einzelnen Kreditanstalt ist zur Zinsentlastung innerhalb des Bestandes an Hypotheken und Grundschulden sowie Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Körperschaften zu verwenden. Die Zinsentlastung beginnt mit dem 1. Oktober 1935 und beträgt höchstens 1,5 v. H. jährlich; soweit die Schuldverschreibungen mit einem höheren Satz als 6 v. H. verzinslich waren, erhöht sich der Satz von 1,5 v. H. höchstens um so viel, als der bisherige Zinsfuß den Satz von 6 v. H. überschritten hat.

## Hausbesitzer tagen

Führertagung des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine

Berlin, 24. Jan. Auf der Führertagung des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine am Donnerstag im Preußenhaus wies Präsident Tribius in seiner Begrüßungsansprache u. a. darauf hin, daß das Problem Vermieter und Mieter nur gelöst werden könne, wenn die Interessen aller an der Wohnungswirtschaft Beteiligten berücksichtigt würden. Der Haus- und Grundbesitz habe volles Vertrauen zu den weiteren Maßnahmen der Reichsregierung.

## Reichsarbeitsminister Selbte

führte in einer längeren Aussprache u. a. aus: Der deutsche Hausbesitz mit seinen über 13 Millionen Alt- und über 3 Millionen Neubauwohnungen und den großen, darin investierten Kapitalwerten stellt nicht nur wirtschaftlich einen Faktor von ungeheurer Bedeutung dar. Ihm ist als Verwalter dieser Wohnungen, der Heime für die deutschen Menschen, auch eine äußerst verantwortungsvolle soziale Aufgabe gestellt. Die Regierung unter der Führerschaft Adolf Hitlers legt in den deutschen Hausbesitzer das Vertrauen, daß er sich dieser großen Verantwortung für die Volksgemeinschaft bewußt ist. Sie hat ihn deshalb zum Bannträger in der Arbeitsfront gemacht. Ueber 600 Millionen RM. hat die Reichsregierung dem Hausbesitz als Zuschüsse für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten zur Verfügung gestellt. Die große Instandsetzungskolon liegt im wesentlichen hinter uns. Der Hausbesitz hat dabei, ebenso wie das Handwerk und die sonst Beteiligten, voll seine Pflicht getan. Für annähernd 3 Milliarden RM. Aufträge sind vom Hausbesitz vergeben. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der die künftigen Erwartungen übertrifft, und die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage ist nicht zuletzt auf dieses Werk zurückzuführen.

Heute kann man feststellen, daß die von der Reichsregierung ergriffenen Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung auch eine Besserung in der Lage des Hausbesitzes gebracht haben. Fast 170 000 früher unvermietbare große Wohnungen sind durch Teilungen und Umbauten wieder vermietbar geworden. Die allgemeine Belebung der Wirtschaft hat die Zahlungskraft der Mieter gestärkt und damit die Mietausfälle verringert; die Nachfrage nach Wohnungen ist, begünstigt durch die starke Zunahme der Eheschließungen, lebhaft gewachsen. Zwei Dinge vor allem sind es, die ihnen besonders Sorge bereiten, die Zinsen und die Steuern. Für den Altbesitz stehen die Steuern, für den Neubausbesitz die Zinsen im Vordergrund. Die für die steuerliche Entlastung des Altbesitzes dringend erwünschte Senkung der Hauszinssteuer tritt, wie Ihnen bekannt ist, mit dem 1. April 1935 schon

ein. Was weiter die Zinsfrage anbetrifft, so beginnt die auf eine organische Sentung des allgemeinen Zinsfußes aufgebaute Politik der Reichsregierung mehr und mehr ihre Früchte zu tragen. So läßt die ganze Entwicklung eine optimistische Betrachtung gerechtfertigt erscheinen. Zum Schluß dankte der Minister dem Präsidenten Tribius dafür, daß er bemüht sei, im Interesse der Volksgemeinschaft zu einem günstigen Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter zu gelangen. Dabei sei der Einheitsmietvertrag ein wichtiger Markstein. Vielleicht lasse es sich ermöglichen, den Einheitsmietvertrag zum Mutter eines Hypothekensystems zu machen und dann den Hausbesitz von einzelnen überholten Fesseln zu befreien, um den Hausbesitz gewissermaßen zu einem Dankeshänder der ganzen Nation zu machen. Nach einem Dankeswort des Präsidenten Tribius an Reichsminister Selbte begann die Reihe der Referate.

### Reichshandwerksmeister Schmidt

sprach über „Handwerk — Hausbesitz“. Er ging davon aus, daß „Handwerk — Hausbesitz“. Er ging davon aus, daß Handwerk und Hausbesitz die gleiche Schicksalsgemeinschaft bilden. Die Verflechtung zwischen Handwerk und Hausbesitz werde dadurch noch enger, daß jeder zweite Handwerker auch Hausbesitzer sei. In zahlreichen Handwerksgruppen gehe der Handwerker der Hausbesitzer sogar über 70 v. H. hinaus. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Reichshandwerksmeister mit der Stellung des Hausbesitzes als Auftraggeber gegenüber dem Handwerk. Der Hausbesitz sei ein wichtiger Faktor der Handwerkswirtschaft, die fast ausschließlich auf den Binnenmarkt angewiesen sei. Die Erhaltung, die Erneuerung und die Ergänzung des Hausbesitzes gebe großen Teilen des Handwerks Arbeit und Brot. Der Hausbesitz habe vor dem Kriege jährlich für eine Milliarde Mark Arbeit an das Handwerk vergeben können. Nachdem der Hausbesitz zugrunde gerichtet und die Wirtschaftlichkeit der Häuser verschwendet gewesen sei, sei der handwerkliche Auftragsbestand eingeschrumpft und Handwerk und Hausbesitz hätten gemeinsame Not gelitten, während die Häuser verfallen seien. Erst der Führer habe das Baugewerbe als das Schlüsselgewerbe der Wirtschaft wieder belebt und dadurch eine Arbeitsbeschaffung gewaltigen Umfanges ermöglicht. Diese Maßnahme sei unter dem Namen „Instandsetzungskampagne“ bereits Geschichte geworden. Mehr denn je müsse die Parole der Arbeitsbeschaffung durch Selbsthilfe besetzt werden, da die Wirtschaft auf die Dauer nicht durch öffentliche Zuschüsse in Gang gehalten werden könne. Handwerk und Hausbesitz müßten in einer solchen Arbeitsschlacht wieder an erster Stelle stehen. Im weiteren bezeichnete er die Entschuldung bzw. Umwidmung des Hausbesitzes als eine vordringliche Frage. Eine Erleichterung werde der Hausbesitz durch die Sentung der Hauszinssteuer am 1. April 1935 erfahren. Die dadurch freiwerdenden Beträge müßten dem Hausbesitz ungeteilt zur freien Verfügung stehen. Das Handwerk werde alle Maßnahmen unterstützen, die auf eine schnellstmögliche Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes hinführen.

Der Präsident des Reichsluftschutzbundes, Generalleutnant a. D. Grimme, hielt einen Vortrag über „Die Zusammenarbeit des Reichsluftschutzbundes mit den deutschen Haus- und Grundbesitzern“. Er wies auf die vielfach verbreitete Auffassung, daß Deutschland nur einige tausend Flugzeuge zu haben brauche, um wirksam geschützt zu sein. Diese Auffassung sei grundfalsch, da auch ein starker militärischer Luftschutz nicht vermeiden könne, daß Bomben auf deutsches Land fallen. Der zivile Luftschutz ist deshalb ein wichtiger Teil der Landesverteidigung, den durchzuführen Sache des einzelnen Volksgenossen ist.

Die Größe der vom Reichsluftschutzbund zu leistenden Arbeit der heute bereits über fünf Millionen Mitglieder verfügt wurde an einem Zahlenbeispiel dargestellt: Berlin hat etwa 150 000 Häuser. Nimmt man entsprechend den amtlichen Vorschriften an, daß in jedem Haus mindestens ein Luftschutzwart ein Stellvertreter und zwei Brandwarte sein müssen, so ergibt sich daraus, daß allein in Berlin 600 000 Personen im Luftschutz ausgebildet werden müssen. Außer diesen personellen Leistungen sind aber nicht unerhebliche Sachleistungen erforderlich, für deren Aufbringung in erster Linie die Hausbesitzer und Hausbewohner in Frage kommen. Der Ausbau eines Raumes zum Schutzraum braucht nicht seine wirtschaftliche Verwendbarkeit einzuführen. Gewisse Sorgen bereitet zur Zeit noch die Finanzierung des Schutzraumbaus, da nur ein Teil der Hausbesitzer in der Lage sei, die notwendigen Mittel aus eigenen Kräften aufzubringen. Es sei selbstverständlich, daß Hausbesitzer und Mieter anteilig die Kosten zu tragen hätten. Der Präsident versicherte, daß es eine der vordringlichsten Aufgaben des RLB sei, diese Schwierigkeit in enger Zusammenarbeit mit den Organen des Haus- und Grundbesitzes zu überwinden.

Ministerialdirektor Dr. Kühne vom Reichsfinanzministerium

legte die Bedeutung, Ziele und Methode der Einheitsbewertung des Grundvermögens dar. Er gab einleitend eine Uebersicht über die bisherigen Gesetze der vom Reichsfinanzministerium verfolgten Vereinheitlichung der Steuerwerte und Festsetzung des Grundbesitzes vom Reichsbewertungsgesetz 1925 an, über das Grundsteuerrahmengesetz vom Dezember 1930, die mannigfaltigen sich entgegenstellenden Schwierigkeiten politischer und wirtschaftlicher Natur (Bankenkrise) bis zum Reichsbewertungsgesetz 1934 und zu dem neuen Reichsgesetz vom 22. Januar 1935. Hier ist letztendlich die Vereinheitlichung um zwei Jahre hinausgeschoben worden, um endgültig mit Wirkung vom 1. April 1937 ab auf der Basis der Einheitswerte 1935 in Kraft gesetzt zu werden mit der Maßgabe, daß das Grundsteuerrahmengesetz durch ein bis dahin zu schaffendes Reichsgrundsteuergesetz ersetzt wird. Der Redner erläuterte dann a. a. noch grundsätzlich die Frage der Baublaubewertung.

### Die schwarze Sturmflagge der Saar an der Gruft Friedrichs des Großen

Potsdam, 24. Jan. Die schwarze Fahne der Deutschen Kriegsoptimierung an der Saar, die in vielen Tagesmarchen heim ins Reich getragen wird, ist am Donnerstag morgen in Gellow bei Potsdam, getragen von Kriegsbeschädigten, eingetroffen. Von hier aus wurde sie von Oberbürgermeister Friedrichs und dem Führer der Standarte 23 im Rahmen Potsdams in Empfang genommen und unter Vorantritt von Ehrenabteilungen aller NS-Gliederungen und der Polizei durch Spalier der Potsdamer Jugend zur Garnisonskirche geleitet.

Vor der Garnisonskirche hatten die Abteilungen der Reichswehr, der Landespolizeigruppe Brandenburg, sämtliche Gliederungen der Partei und eine nach Tausenden zählende Menge sich eingefunden. Oberleutnant von Alten wies in seiner Begrüßungsansprache vor dem Portal der Kirche auf die besondere Bedeutung dieses Tages hin, an dem der Geburtstag Friedrichs des Großen mit der Heimkehr der schwarzen Fahne der Saar zusammenfällt. Gauleiter Kube stellte ebenfalls in seiner darauf folgenden Ansprache den Geburtstag des großen Preußenkönigs in den Vordergrund. Auch er begrüßte das Symbol deutscher Ehre und nationalsozialistischer Verbundenheit, das nun durch deutsches Land getragen wird. Den Saarländern sprach der Gauleiter herzliche Worte des Dankes für ihre bewiesene Treue aus. Im Namen der Provinz Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen nahm dann der Gauleiter das Ehrenzeichen in Empfang, das unter Orgelklängen an den Sarkophag des großen Königs getragen wurde. Ein Augenblick stillen Gedankens folgte, eine Ehrung für die Brüder an der Saar und eine würdige Feier des Geburtstages des größten Soldatenkönigs. Nachdem das Saarländische Einheitsgesetz in Potsdam abgeschlossen hatte, wurde sie unter zahlreichen Ehrengelassen zur Glindebrücke gebracht, wo sie den Vertretern der NSDAP Gau Berlin übergeben wurde.

### Brotversorgung endgültig gesichert

Berlin, 24. Jan. Im Hinblick auf die Ergebnisse der letzten Erhebungen über die Getreidebestände wird, wie das RdZ. meldet, vom Reichsnährstand festgestellt, daß über die Sicherung der Brotversorgung aus der diesjährigen Brotgetreideernte ohne die Inanspruchnahme des Auslandes keinerlei Zweifel bestehen. Von Monat zu Monat wachse im Gegenteil sogar die Wahrscheinlichkeit, daß wir trotz der knapperen vorjährigen Getreideernte auch am Ende dieses Wirtschaftsjahres noch mit einer ausreichenden nationalen Reserve versehen sein werden, die uns auch gegen alle Möglichkeiten des nächsten Getreidewirtschaftsjahres weitgehend schützt. Jene, welche Gefahren für die Brotversorgung der deutschen Bevölkerung seien also in keiner Weise vorhanden. Die Abnahme der Getreidebestände sei bisher völlig normal verlaufen.

### Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich

Alle Länderjustizbehörden auf das Reich übernommen

Berlin, 24. Jan. Das Reichskabinett hat ein „drittes Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich“ beschlossen. Dieses Gesetz hat den Zweck, die gesamte deutsche Justiz beim Reich zu vereinen, alle Justizbehörden und -bediensteten in den Dienst des Reiches zu nehmen und dieses, wie in der Begründung zu dem Gesetz ausgesprochen wird, in Justizangelegenheiten haushalts- und vermögensrechtlich zum Rechtsnachfolger der Länder zu machen.

So bestimmt der Paragraph 1 daß mit dem 1. April 1935 die Justizbehörden der Länder der Reichsbehörden, die Justizbeamten der Länder unmittelbare Reichsbeamte und daß die Angestellten und Arbeiter der Landesjustizbehörden in den Dienst des Reiches treten. Der Paragraph 2 beschäftigt sich dann mit den haushaltsrechtlichen Fragen und bestimmt, daß die Einnahmen und Ausgaben für die Landesjustizverwaltungen ebenfalls vom 1. April auf Rechnung des Reiches gehen. Entsprechend dieser haushaltsrechtlichen Regelung wird dann im Paragraphen 3 des Gesetzes festgestellt, daß das Reich mit dem 1. April auch in alle vermögensrechtliche Pflichten und Rechte eintritt, die mit der Justizverwaltung der Länder verbunden sind; Grundstücke und bewegliche Sachen der Länder gehen in das Eigentum des Reiches über, wenn sie ausschließlich oder überwiegend von Justizbehörden benutzt werden.

Bis das Behördenrecht des Reiches (Beamten-, Besoldungs-, Haushalts-, usw. Recht), das auf die Landesbehörden und Bedienstete in Zukunft angewendet werden muß, überall eingeführt werden kann, muß übergangsweise noch das bisherige Recht weiter gelten, wozu der Paragraph 4 des Gesetzes die einzelnen Bestimmungen regelt. Dies gilt insbesondere auch für die Zuständigkeit von Landesdisziplinarbehörden.

Wichtig ist weiterhin der Paragraph 7 des Gesetzes, der vorsieht, daß aus Anlaß der Uebernahme der Landesjustiz auf das Reich deren Beamte die Verletzung in den Ruhestand beanspruchen können, wenn sie das 62. Lebensjahr vollendet haben. Diese Berechtigung erlischt am 31. Dezember 1935. Diese Bestimmung ist nach der Begründung des Gesetzes getroffen worden, um Beamten, die im vorgerückten Alter stehen und sich in die neuen Verwaltungsbestimmungen des Reiches nicht mehr einarbeiten mögen, den vorzeitigen Uebertritt in den Ruhestand zu ermöglichen. Um langwierige Verhandlungen bei der Ueberleitung der Justiz zu vermeiden, bringt das dritte Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich in Paragraph 8 eine Bestimmung, daß, wenn sich bei der Anwendung dieses Gesetzes zwischen Reich, Ländern und Gemeinden Zweifelsfragen ergeben, der Reichsminister der Justiz nach Anhörung der Obersten Landesbehörde und gegebenenfalls im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen entscheidet. Diese Entscheidung bindet Gerichte und Verwaltungsbehörden.

### Am 30. Januar Betriebsappelle

Berlin, 24. Jan. Zur Verbreitung des Gedankens der notwendigen Betriebsappelle hat die Deutsche Arbeitsfront für den 30. Januar eine große Aktion vorbereitet. An diesem Tage sollen im ganzen Reich und allen Betrieben Betriebsappelle durchgeführt werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen aus den Maschinenfabriken und den Kontoren, in den Diensträumen der Behörden und an allen Arbeitsplätzen werden sich am 30. Januar versammeln, um erneut ihren Willen zur Kameradschaft und zur gemeinsamen Arbeit für Deutschland zu bekunden. Der 30. Januar ist für diese Aktion gewählt worden, weil er als Jahrestag der Nachtübernahme durch Adolf Hitler besonders geeignet für ein großes, gemeinsames Bekenntnis des schaffenden Volkes ist. Der von der Deutschen Arbeitsfront angelegte große Appell wird einheitlich unter den Gedanken gestellt: Was bedeutet der 30. Januar für den schaffenden deutschen Menschen? Gleichzeitig soll ehrend des Saarländers gedacht werden, der am 13. Januar erneut bewiesen hat, daß der ärmste Sohn des Volkes immer auch der treueste ist.

### Tagung der Pour le merite-Ritter

Berlin, 24. Jan. Die Ritterschaft des Ordens Pour le merite, die wie alljährlich am Geburtstag Friedrichs des Großen ihre Tagung in Berlin abhält, traf sich am Donnerstag Unter den Linden zur Kranzniederlegung am Ehrenmal und am Denkmal Friedrichs des Großen. Aus Anlaß der Anwesenheit des Generalfeldmarschalls von Madensen hatte die Kommandantur eine Ehrenkompanie bei der Kranzniederlegung gestellt, die mit klingendem Spiel aufmarschierte. Kurz vor 10 Uhr erschienen der greise Generalfeldmarschall in der Uniform der schwarzen Husaren mit dem Gefolge der Ritterschaft. Während der Präsentiermarch ertönte, schritt von Madensen in Begleitung von Admiral a. D. Behne und dem Stadtkommandanten Generalmajor von Schaumburg die Front ab. Hierauf begab sich die Ritterschaft in die Ehrenhalle und während die Klänge des Liedes „Ja hat' einen Kameraden“ ertönten, nahm der Generalfeldmarschall den großen Kranz mit einer schwarz-weißen Schleife und legte ihn mit den Worten „Zur Ehre unserer treuen Toten“ am Male nieder. Im Anschluß folgte ein Vorbeimarsch der Ehrenkompanie und die Kranzniederlegung am Denkmal Friedrichs des Großen Unter den Linden, wo der Generalfeldmarschall in kurzen Worten des ruhmreichen Preußenkönigs gedachte. Von

Nun war es zu spät.

Sie schritt aufgeregt zwischen Klementine und Theophil zum Saal empor. Und die beiden tauchten einen frohen Blick in den gegenseitigen Verlebens. Heute sah Euse ganz anders aus. Ihre Wangen zeigten eine höhere Note als sonst und ihre Augen blühten. Sie hatte plötzlich etwas Hoheitvolles, das ganz und gar nicht mehr an die leiser in mer ein wenig nachlässig getragene Haltung der jungen Frau erinnerte.

Euse hatte einer Begegnung mit Just voller Wangen entgegengesehen. Dennoch suchten ihre Augen in der Menge, und als sie endlich seine hohe Gestalt gefunden, sein etwas bleicher und magerer gewordenes Gesicht gesehen hatte, war sie ruhig geworden. Sie sah zuerst lächelnd dem drängenden Tanzen zu, und dann folgte sie der ersten Aufforderung zu einem Walzer, die ein Herr ein wenig verlegen vor ihr hertrat.

Theophil, der das alles beobachtet hatte, bemühte die Abwesenheit Euses, um zu Klementine zu sagen: „Wase — ich befinde mich in einer schrecklichen Verlegenheit, über die ich mir jetzt erst klar geworden bin. Ich habe doch die gesellschaftliche Pflicht, Ihnen und der adligen Frau meinen Chef zuzuführen. Sie wissen nun zwar, daß Herr von Hartmann Ihrer Freundin bekannt ist. Sie wissen aber nicht, daß diese Bekanntschaft etwas seltsamer Art ist. Lassen Sie mich so rasch und kurz, als es zu Ihrer Aufklärung nötig ist, erwähnen, daß mein Chef die junge Frau als einfache Schreiberin bürgerlicher Herkunft kennt. Das muß für sie sehr peinlich sein. Was soll ich tun? Um Himmels willen, raten Sie mir schnell, ehe der Tanz vorüber ist!“

„Wussten Sie das denn schon länger?“

„Seit dem Tage, da Sie mich zu meiner Uebertragung Frau von Berdenring als einer Dame ganz andern Standes vorstellten.“

(Fortsetzung folgt).

## SUSE Der Liebe Leid und Glück.

Roman von Robert Fuchs-Vista.

Klementine sah den Vetter erstaunt an: „Wer hätte gedacht, daß Sie ein solcher Seelenkennner sind!“

„Es ist kein Verdienst, Klementine. Ich habe nur meine Zeit benützt, wie ich es in allem zu tun gewohnt bin. Zahlen und Rechnungen schärfen den Verstand und machen den Blick sicher. So konnte ich so gar nicht am Leben vorübergehen, ohne zu sehen, was es an Geheimnissen birgt.“

„Und wie denken Sie denn über die also verlorene Zeit?“

„Ach denke, dieser letzte Abend ist nun gekommen, ohne Sie und mich, und auch Frau von Berdenring, nur einen einzigen Schritt weiter gebracht zu haben.“

„Dann bereuen Sie wohl auch die Abende?“

„Sie fragte ihn mit Absicht, weil sie jetzt das Wort zu hören hoffte, das sie ihm vorher in dummer Furcht abgekniffen hatte.“

„Ich bereue sie darum nicht, weil ich Sie selbst an diesen Abenden in der Umgebung sah, die Ihnen g...“

Sie sind noch nicht für das Mehlisist reif, Klementine. Mich kränken Sie, wenn sie das immer wiederholen. Sie sind noch für das volle Leben — — —“

Und diesmal war es Euse, die ihn unterbrach. Sie trat, zur Fahrt angekleidet, in den Salon und entschuldigte sich, daß man so lange auf sie hatte warten müssen.

Und Klementine mußte jetzt unfreiwilligen Verzicht auf das Wort leisten, das ihr sehnsüchtig gewordenen Herz so gern vernommen hätte. Dennoch war sie heiter und glücklich. Als die Damen im Wagen gut untergebracht waren und Theophil endlich nach allem Fortjagen ihnen gegenüberlag, sagte er plötzlich: „Das ist unser letzter Ball! Man laßt auf Bälle folgen Verlobungen,

wie auf Verlobungen Hochzeiten. Nun bin ich neugierig, ob sich das bewahrheitet. Ich war noch niemals auf einer Hochzeit. Was meinen Sie, Wase, wenn ich meine eigene in Szene legen würde, um auf meine späten Tage nun auch das noch vom Leben kennenzulernen?“

Dann lachte er so merkwürdig belustigt. Und in den vorbeihuschenden Lichtern, die ob und zu etwas mehr Helle in das Wageninnere warfen, sah sie seine Augen fest auf ihr Gesicht gerichtet. So kuckelte sie sich behäullich in die Ecke und träumte in dem Getatter der Räder dahin.

Theophil unterbrach das Schwärmen, das die Gedanken der Fahrenden umspinnen hatte.

„Mein Chef, Herr von Hartmann, wird heute auch auf dem Ball sein. Es ist das erste Fest, das er nach seiner schweren Krankheit besucht.“

Er sah verstohlen nach Euse hin und beobachtete den Eindruck, den diese Mitteilung auf sie machte. Er hatte die Neugierde wohlweislich bis jetzt verdrängt, weil er sich denken konnte, die junge Frau würde bei Begegnung ausweichen wollen. Ohne Zweifel, hatte er sich gesagt, wird es ihr peinlich sein, dem Manne als Frau v. Berdenring gegenüberzutreten zu müssen, der sie als das einfache Schreiberknein konnte. Dann aber wäre Klementine sicherlich auch dem Feste ferngeblieben. Und um diesen Fall wollte er sich nicht bringen lassen, der ihm jedenfalls die letzte Möglichkeit längerer Zusammenhins mit Klementine bot.

Euse hatte sich aus ihrer Verunkenheit aufgerichtet. Sie sah mit schmerzlichem Munde durch die Scheiben des Wagens, und die huschende Helle der Straßenbeleuchtung machte ihre Rüge bald düster, bald offener werden, als spiegelte sich die Erregung wider, die unmerkbar durch sie hin ging. Sie überlegte was sie tun sollte und legte die Hand auf den Griff des Wagenschlags, als könne sie dort hinauspringen.

Do lag auf einmal der ganze Glanz der Portalbeleuchtung des Gesellschaftshauses in dem kleinen Raum, und der Wagen rollte vor die Stufen.

jubelnden Rufen des Publikums begleitet, bestieg die greise Exzellenz hierauf ihren Wagen zur Weiterfahrt nach dem Tempelhofer Feld, wo anschließend eine Besichtigung des Flughafens durch die gesamte Ritterchaft des Ordens Pour le mérite stattfand.

### Tagung des Kuratoriums der Hindenburg-Spende

Berlin, 24. Jan. Das Gesamtkuratorium der Hindenburg-Spende trat am Mittwoch im Hause des Reichspräsidenten, wo es so häufig unter dem Vorsitz Hindenburgs getagt hatte, zu einer Trauerkundgebung für den verewigten Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall zusammen. Im Anschluß an die Gedächtnisrede wählte das Kuratorium, einem Wunsche des verewigten Reichspräsidenten folgend, den Landesdirektor a. D. Dr. von Winterfeldt-Menklin zu seinem Vorsitzenden und Staatssekretär Meißner zu seinem Stellvertreter. Dem Jahresbericht der Stiftung Hindenburg-Spende ist zu entnehmen, daß auch im Jahre 1934 wieder rund 1 Million RM. Unterstützungen an 6032 Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene und Veteranen im Einzelbetrag von durchschnittlich 150 RM. ausbezahlt wurden. Bisher hat die 1927 von dem verstorbenen Reichspräsidenten errichtete Stiftung Unterstützungen in der Gesamthöhe von 7,9 Millionen RM. verausgabt.

### Der Führer an Alban Schachleiter

München, 24. Jan. Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, hat der Führer zum Zeichen dankbaren Gedankens seinem alten Mitkämpfer, Abt Alban Schachleiter, aus Anlaß des 74. Geburtstages ein herzliches Glückwunschtelegramm geschickt. Auch der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Hegl, Staatsminister Esser, Oberbürgermeister Fiebler und viele andere Persönlichkeiten haben ihre Wünsche mit denen des Führers zu einer erhabenden Ehrung des greisen Jubilars vereinigt.

### Amnestie im Saargebiet

Saarbrücken, 24. Jan. Das Amtsblatt der Regierungskommission veröffentlicht eine große Amnestie-Verordnung auf Grund der Entschliegung des Völkerbundrates vom 17. Januar und auf Grund des Beschlusses der Regierungskommission vom 22. Januar.

Der erste Abschnitt behandelt die Straffreiheit bei politischen Straftaten. Strafen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung rechtskräftig erkannt und noch nicht verbüßt sind, werden erlassen, wenn sie in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Jahren allein oder nebeneinander stehen. Freiheitsstrafen von längerer Dauer werden zunächst um sechs Jahre gemildert, die Reststrafen werden auf die Hälfte herabgesetzt. Dabei tritt an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis. Der Straferlass erstreckt sich auf Nebenstrafen und Sicherungsmaßnahmen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, auf geistliche Nebenfolgen, auf rückständige Geldbußen, die in die Landeskasse fließen, und auf rückständige Kosten. Anhängige Verfahren werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 17. Januar 1935 begangen und keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Jahren allein oder nebeneinander zu erwarten ist.

Der zweite Abschnitt der Verordnung betrifft die Straffreiheit bei Straftaten aus wirtschaftlicher Not. Es wird Straffreiheit gewährt, wenn der Täter nicht oder nur mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von insgesamt höchstens sechs Monaten vorbestraft ist. Vorstrafen, deren Vermerk im Strafregister getilgt sind, bleiben außer Betracht. Strafen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung rechtskräftig erkannt und noch nicht verbüßt sind, werden erlassen, wenn sie in Geldstrafe oder in Freiheitsstrafe von nicht mehr als neun Monaten allein oder nebeneinander bestehen. Anhängige Verfahren werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 17. Januar 1935 begangen und keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu neun Monaten allein oder nebeneinander zu erwarten ist.

Der dritte Abschnitt betrifft gemeinsame Vorschriften. Ausgeschlossen von den Vergünstigungen dieser Verordnung sind: 1. Verbrechen des schweren Raubs, 2. Verbrechen der Brandstiftung, 3. Verbrechen der vorläufigen Gefährdung eines Eisenbahntransports, 4. Verbrechen gegen Paragraph 321, Abs. 2 des Strafgesetzbuches, 5. Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze.

### Weitere Amnestieverordnungen

Saarbrücken, 24. Jan. Die Regierungskommission hat außer der großen Amnestieverordnung eine Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in D i s z i p l i n a r s a c h e n erlassen. Eine dritte Verordnung betrifft die Straffreiheit bei Zuwiderhandlungen gegen f i e r e r e c h t l i c h e Vorschriften. In einer vierten Verordnung über Abänderung von Strafbestimmungen werden verschiedene Artikel der von der Regierungskommission erlassenen Verordnungen gemildert bzw. gestrichen.

Eine letzte Verordnung der Regierungskommission setzt eine Reihe von Verordnungen außer Kraft, die mit Rücksicht auf die Volksabstimmung erlassen worden waren. Diese Verordnungen sind sämtlich durch die vollzogene Abstimmung erledigt anzusehen. Außer Kraft gesetzt wird ferner die Verordnung betr. das Verbot von Einrichtungen des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie die Meldepflicht für Angehörige verschiedener Organisationen vom 4. September 1934. Strafen, die auf Grund dieser Verordnungen rechtskräftig erkannt und noch nicht verbüßt sind, werden erlassen. Anhängige Verfahren werden eingestellt.

### Merkwürdige Erklärung der Regierungskommission des Saargebiets

Saarbrücken, 23. Jan. Die Verhaftung des Polizeiinspektors Till, durch dessen Augen am Montag ein Verbrecher, der seiner Festnahme mit der Waffe in der Hand Widerstand entgegensetzte, den Tod fand, hat im Saargebiet allenthalben Aufsehen und Bestenben erregt. Die Regierungskommission scheint infolgedessen einzusehen, daß sie diese Verhaftung irgendwie begründen muß, und so gibt sie folgende „amtliche Bestätigung“, wie sie es nennt, bekannt:

„Die Verhaftung des Polizeiinspektors Till wurde seitens des Vertreters der Staatsanwaltschaft beim Obersten Abtinnungsgerichtshof, der an Ort und Stelle Erhebungen tätigte, angeordnet. Die vorläufige Festnahme erfolgte, weil Till der vorläufigen Festnahme des Kaufmanns Paul Meyer dringend verdächtig erschien. Am 22. Januar wurde gegen Till vom Untersuchungsrichter beim Obersten Abtinnungsgerichtshof Haftbefehl erlassen, weil Till eines Verbrechens nach Paragraph 212 St.G.B. dringend verdächtig erscheint und Zuchtwahndacht wegen der Nähe der Landesgrenze und der Höhe der zu erwartenden Strafe begründet ist. Außerdem besteht Verdunkelungsgefahr.“

### Vorbehalte der Kleinen Entente zu den Donaupaktplänen

Paris, 24. Jan. Der Außenpolitiker sieht die Verwirklichung der französischen Donaupaktpläne nicht so rosig, wie dies die übliche Presse tut. Nach dem „Echo de Paris“ ist eine ganze

Reihe von Vorbehalten der Kleinen Entente zu erwarten, die dem Plan starken Abbruch tun könnten. So werde die Kleine Entente darauf bestehen, daß ein Verbot der Wiedereinführung der Passbürger in Form einer Zufahbestimmung in das Abkommen über die Nichtnimmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs aufgenommen wird. Sie werde weiter Sicherungen gegen jene Revisionspropaganda verlangen, da Propaganda leicht in Gewaltanwendung ausarten könne, wie dies der Anschlag gegen König Alexander in Marseille bewiesen habe.

### Herriot zur Außenpolitik

Paris, 24. Jan. Der Vorkommensausschuß der Radikalsozialistischen Partei hielt eine Sitzung ab, in der der Parteivorstand, Staatsminister Herriot, eine politische Bilanz zog. Er verzichtete mit Befriedigung, daß Parlament und Regierung in den letzten Monaten unter normaler Anwendung der versöhnungsmäßigen Methoden nützliche Arbeit geleistet hätten. Frankreich müsse wachsam sein. Die bisherigen Vorsichtsmaßnahmen für die etwaige Verteidigung des französischen Volkes, das niemals angegriffen werde, die korrekte Behandlung der Saarfrage, die so viele Sorgen hervorgerufen habe, und die es erlaubte, sowohl die vaterländische Dynamik Deutschlands, wie auch die friedliche Wirksamkeit des Völkerbundes festzustellen, bildeten die Linie, die Frankreich auch in Zukunft weiter verfolgen wolle. Die Annäherung Frankreich an Sowjetrußland habe sich verhärtet und verwandelt sich hoffentlich in eine richtige Freundschaft. Das Vertrauen Frankreichs zum Völkerbund sei gestiegen. Aus vaterländischen Gründen suche Frankreich seine Sicherheit weniger in der Erhöhung seiner Effektivebestände und im Wettrüsten, als in der überlegten und kontrollierten Loyalitätserklärung an die Regierung Londons: Wir haben frei und in herzlicher Weise einer Regierung unseren Beistand geliehen, die es gewagt hat, sich republikanisch zu bezeichnen und sich auch so zu zeigen.

### 50 Tote bei der Beschießung Tschachars

London, 24. Jan. Einer halboffiziellen Meldung aus Peking zufolge sind bei der Beschießung Tschachars durch die Japaner mehr als 50 Personen, meist Zivilisten, getötet und verletzt worden. Japanische Verstärkungen tauchten in der Nähe von Kanyan auf.

In Peking wurde eine offizielle japanische Erklärung veröffentlicht, die besagt, daß bei dem Zusammenstoß zwischen japanischem Militär und chinesischer Miliz am Dienstag drei Japaner getötet und fünf verletzt wurden.

Schanghai, 24. Jan. Die Erklärung des japanischen Militärattachés in Peking, daß die Japaner bei Tschachars nichts ausrichteten, weil die Chinesen ihren Widerstand fortsetzten, löste in Schanghai erhebliche Nervosität aus, was sich an der Börse durch starke Kursverluste chinesischer Staatspapiere ausdrückte. Die Abendpresse befürchtet, daß die Kämpfe weitergehen.

### Die neue indische Verfassung

London, 24. Jan. Der Gesetzentwurf zur indischen Verfassungsänderung sieht die Schaffung eines indischen Staatenbundes vor, durch den elf Provinzen — darunter zwei neue — in einen Staatenbund vereinigt werden sollen, deren Fürsten bereit sind, in freier Willensentschliegung diesem beizutreten. Die Verfassung der Staaten wird, ausgenommen die föderative Neugestaltung, durch das neue Gesetz nicht berührt, ebenso wenig die Beziehungen der Fürsten zur englischen Krone. Der Gesetzentwurf sieht für die Provinzen, ihre eigenen Angelegenheiten betreffend, größere Freiheit vor als augenblicklich. Die föderative Verfassung wird sich hauptsächlich mit Devisen- und Zolltariffragen für ganz Indien zu befassen haben. Fragen von großer Bedeutung allerdings, wie die Landesverteidigung und die Beziehung zu auswärtigen Mächten, werden nach wie vor Sache des Generalgouverneurs bleiben. Ferner sieht der verfassungsändernde Gesetzentwurf eine Trennung Birmas vom indischen Gebiet vor.

### Der politische Umsturz in Bulgarien

Sofia, 24. Jan. Der König hat die Mitglieder der neuen Regierung empfangen, die ihm vom Ministerpräsidenten vorgestellt wurden. Alle Blätter beschränkten sich darauf, auf die Einheit hinzuweisen, die das neue Kabinett zwischen der Krone, der Armee und dem Volke herzustellen berufen sei. Die umlaufenden Gerüchte, die von der Festnahme einiger weniger maßgebender Politiker zu berichten wußten, haben sich nicht bestätigt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die neue Regierung entschlossen ist, alle Anhänger der sogenannte S w e n o - G r u p p e, welcher der frühere Ministerpräsident Georgiew und die maßgebendsten Mitglieder seines Kabinetts angehörten, aus den führenden Staats- und Verwaltungsstellen zu beseitigen. In dem neuen Kabinett befindet sich nicht ein einziger Vertreter der Sweno-Gruppe und nunmehr geht der Innenminister Oberst Koseff daran, auch wichtigere Verwaltungsposten von den Anhängern dieser Gruppe zu säubern.

### Versteigerung der österreichischen Zugspitzbahn

Innsbruck, 24. Jan. Für den 1. Februar wurde eine Generalversammlung der österreichischen Zugspitzbahn A.G. einberufen. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag auf Ausschreibung der öffentlichen Versteigerung der Seilseilbahnanlagen der österreichischen Zugspitzbahn.

### Die italienische Regierung umgebildet

Rom, 24. Jan. Ueber eine weitgehende Regierungsumbildung in Italien hat die „Agentur Stefanie“ eine ausführliche Mitteilung veröffentlicht, derzufolge sämtliche Ministerien, die nicht in den Händen des italienischen Regierungschefs liegen, also mit Ausnahme der Ministerien für Inneres, Aeußeres, Heer, Flotte, Luftwaffe, Kolonien und Korporationen, neu besetzt worden sind.

Neu ernannt sind als Finanzminister der Senator und Admiral Ibaon di Reuel (an Stelle von Jung), Unterrichtsminister Quadrumvir de Becchi (bisher Ercole), Landwirtschaftsminister der bisherige Unterstaatssekretär in der Präsidentschaft Rossoni (früher Acerbo), Minister für öffentliche Arbeiten der Abg. Rizza (bisher Crollanza), Verkehrsminister der Abgeordnete und Industrielle Benni (bisher Puppin), Justizminister Solmi (bisher de Francisci).

Gleichzeitig treten an die Stelle der bisherigen Unterstaatssekretäre der in von dem Wechsel betroffenen Ministerien neue Männer.

Schließlich ist der Gouverneur von Rom, Fürst Boncompagni, von seinem Posten zurückgetreten und zum Staatsminister ernannt worden. An seine Stelle tritt der frühere Korporationsminister Votagi.

### Der Memelländer-Prozess

#### Ein offenes Wort im Memelprozess

Kowno, 24. Jan. In der Verhandlung im Memelländerprozess bildete die Nordfrage Jesuti den Kernpunkt. Die Zeugenvernehmung ergab ein lidenloses Bild der Angeklagten Lepa, der laut Anklageschrift der Beihilfe bei der angeblichen Ermordung des Jesuti beschuldigt wird. Bedeutsam war das Zeugniszeugnis, das der frühere Oberbürgermeister der Stadt Memel, Brindlinger, einer Reihe von Angeklagten in diesem Prozess ausstellte. Auf die Frage des Hauptangeklagten Dr. Neumann, ob Dr. Brindlinger irgend etwas wisse, daß Neumanns Partei einen bewaffneten Aufstand geplant habe, antwortete Brindlinger: Ich kann nur sagen, daß ich mit einer großen Zahl der hier Angeklagten stets in enger Fühlungnahme gestanden habe. Ich habe immer wieder Gelegenheit gehabt, mich mit den Leuten der beiden angeklagten Parteien zu unterhalten. Ich habe aber bei dieser Unterhaltung die Überzeugung gewonnen — das sage ich jetzt unter ausdrücklicher Berufung auf meinen Eid — daß keiner von diesen Herren mit dem Gedanken auch nur gespielt haben kann, im Memelgebiet einen bewaffneten Aufstand zu entfachen. In Unterhaltungen wurde von diesen Herren immer wieder erklärt, wenn man den alten Parteien (Landwirtschaftspartei und Memelländische Volkspartei) einen Vorwurf machen könne, dann nur den, daß sie sich nicht genug Mühe gegeben hätten, die Beziehungen zwischen dem Memelgebiet und dem litauischen Zentralstaat besser zu gestalten. Die Männer um Neumann und Soh hätten immer wieder betont, daß man gerade deshalb neue unbefahrene Männer heranziehen müsse, weil man die Hoffnung nicht aufgeben dürfe, zu einem guten Einvernehmen mit dem Zentralstaat zu kommen. Ich habe ihm darauf erklärt, sie seien große Optimisten, denn solange eine gewisse Clique im Memelgebiet existiere, werde es nicht gelingen, bessere Beziehungen herbeizuführen. Ich habe bei all diesen Unterredungen immer wieder gefunden, daß die Herren in ihrem meines Erachtens zu großen Optimismus geblaut haben, daß es gelingen würde, die Beziehungen enger und besser zu gestalten. Niemand habe ich davon gehört — und bei meinen weitreichenden Beziehungen im Memelgebiet und vornehmlich in der Stadt Memel hätte mir so etwas nicht entgehen können — daß in einem größeren Kreise irgend ein Plan für einen gewaltsamen Aufstand gesprochen worden sei.

Auf die Frage des Vertreters der Zivilklage, was er unter der Clique verstehe, die ein Hindernis für die Verständigung gewesen wäre, erwiderte Dr. Brindlinger: Wir waren der Auffassung, daß das Haupthindernis für eine Verständigung zwischen dem Memelgebiet und der Zentralregierung in dem Verhalten gewisser Memelländer lag, die aus eigennützigen Interessen heraus handelten und kein Interesse an einer Verbindung hatten. Wenn Namen verlangt werden, kann ich Namen nennen. Es ist bezeichnend, daß weder das Gericht noch die Staatsanwaltschaft oder die Vertreter der Zivilklage auf dieses Angebot eingingen.

### Zwölf Beamte der Leningrader OGPU. verurteilt

Moskau, 24. Jan. Das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes hat zwölf Beamte der Leningrader OGPU, darunter deren ehemaligen Chef Medwed, wegen jahrlanger Handlungen und Verstoßes gegen die Staatsführungsgesetze zu insgesamt 37 Jahren Verbannung in Konzentrationslagern verurteilt. Außerdem erhielten alle Angeklagten Gefängnisstrafen, der Angeklagte Waljewisch eine solche von zehn Jahren. Medwed wird vorgeworfen, er habe keine genügenden Maßnahmen zum Schutz des Lebens Kirows getroffen und besonders nicht verhindert, daß der Mörder Nikolajew in das Palais, in dem Kirow ermordet wurde, eingedrungen sei.

### Neue Grenz kämpfe im Osten

London, 24. Jan. Die Londoner Presse berichtet ausführlich über das Wiederaufleben der Feindseligkeiten zwischen japanischen und chinesischen Truppen in Ost-Tschachar. Den Darstellungen der englischen Berichtflatter in Peking zufolge eröffnete am Dienstag abend eine mit vielen Kraftfahrzeugen, 20 Feldgeschützen, 20 Panzerwagen und vier Bombenflugzeugen ausgestattete Streitmacht von 2000 Mann, die aus japanischen und mandchurischen Soldaten bestand, den Angriff auf die mongolische Provinz Tschachar. Die letzte Stadt liegt an einer wichtigen Durchgangsstraße durch die Große Mauer. Die Flügelgruppen der Angreifer waren etwa 40 Kilometer voneinander entfernt. Am Mittwoch bei Tagesanbruch warfen Flugzeuge Bomben auf die chinesischen Stellungen. Mittags folgte eine heftige Beschießung, in deren Verlauf 70 Granaten innerhalb der Großen Mauer niedergingen, worauf die Infanterie vorging. Mit Anbruch der Dunkelheit machten die Angreifer Halt. Der Militärattaché der japanischen Botschaft in Peking, Oberst Takahashi, erklärte auf Befragen, der Feldzug werde fortgesetzt werden, „solange es notwendig sei“. Die chinesischen Streitkräfte, deren Verluste unbekannt sind, stehen unter dem Befehl des Gouverneurs der Provinz Tschachar, Sung-Tscheng-Yang. In Peking fand eine schleunigst einberufene Konferenz zwischen General Sung-Tscheng-Yuang und dem Kriegsminister General Ho-Ping statt, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

### Chinesischer Protest beim japanischen Außenministerium

Tokio, 24. Jan. Die chinesische Regierung hat beim japanischen Auswärtigen Amt scharfen Protest gegen den Vormarsch japanischer Truppen gegen die Große Mauer erhoben.

### Die chinesischen Militärbehörden legen Protest ein

Peiping, 24. Jan. Die chinesischen Militärbehörden haben beim Chef der japanischen Militärmission, Oberst Matsui, Protest eingelegt gegen den Vormarsch der japanischen Truppen in der chinesischen Provinz Tschachar und haben betont, daß diese militärische Aktion eine grobe Verletzung des chinesisch-japanischen Waffenstillstandsabkommens darstelle, das im Jahre 1931 in Tangku unterzeichnet wurde.

### Hauptversammlung des BDA.

Berlin, 24. Jan. Im Hause der Deutschen Presse hielt der Völkerbund für das Deutschtum im Auslande in Anwesenheit des Reichsministers Hegl als Vertreter des Führers die diesjährige Hauptversammlung ab. An der Tagung nahmen ferner teil Vertreter der Partei, der Reichs- und Staatsbehörden, der Reichswehr und Reichsmarine und befreundeter Verbände und Vereine. Nach der Begrüßungsansprache des Bundesleiters des BDA, Dr. Steinacher, und der Eröffnungsrede Professor Dr. Hauschhofer nahm Reichsminister Hegl das Wort zu einer kurzen Ansprache in der er der Bundesleitung und den Mitarbeitern des BDA seinen Dank für die geleistete mühevollen und an Kämpfen reiche Arbeit aussprach. Sein besonderer Dank, fuhr der Minister fort, gelte jenen, die außerhalb der Grenzen des Reiches den Kampf führen. Er selber wisse, daß dieser Kampf zum Teil sehr hart ist und daß unsere Volksgenossen draußen Schweres auf sich nehmen um der Zukunft unseres Auslandsdeutschtums willen. Mit einem kräftigen Seil Gitter! schloß Reichsminister Hegl seine Ansprache.

# Württemberg

## Amtliche Dienstnachrichten

**Ernannt:** Den Major der Schutzpolizei **Göhrt** zum Oberstleutnant der Schutzpolizei und den Kriminalpolizeirat **Paust** zum Hauptmann der Schutzpolizei; je auf eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in Balingen den Hauptlehrer **Wit** in Engstlatt, **DA. Balingen** unter gleichzeitiger Ernennung zum Rektor, **Ellingen DA. Leonberg** den Hauptlehrer **Kurz** in Ellingen unter gleichzeitiger Ernennung zum Rektor, **Häslach DA. Tübingen** den Lehrer **Hermann Vint** in Tübingen, **DA. Rottenburg**, **Hohenacker DA. Waiblingen** den Hauptlehrer **Clauß** in Eppingen, **DA. Heidenheim**, **Juz DA. Badnang** den Lehrer **Karl Epple** in Dönnau, **DA. Reutlingen**, **Kauffen a. N. DA. Besigheim** den Hauptlehrer **Bühler** in Besigheim, **Marbach a. N.** den Hauptlehrer **Hölder** in Steinheim a. N., **DA. Marbach**, **Tübingen** **Leitnau** die Lehrerin **Eiljabeth Wleiderer** daselbst und **Jell DA. Eßlingen** den Hauptlehrer **Wenmann** in Jagstfelden, **DA. Hall**.

**In den Ruhestand:** An evang. Volksschulen: Volksschullehrer **Dehler** in Göppingen, **Oberlehrer Kieger** in Fellbach, **Oberlehrer Eisele** in Stuttgart-Heuerbach, **Hauptlehrer Groß** in Mittelfal, **DA. Freudenstadt**, **Hauptlehrerin für Handarbeit Pauline Hölder** in Stuttgart-Bad Cannstatt; an kath. Volksschulen: **Oberlehrerin Lina Stahl** in Stuttgart, **Landesökonomierat Mangold** an der Landwirtschaftsschule in Neulingen kraft Gesetzes mit Ablauf des Monats Februar, **Oberstudienrat Dr. Fürst** an dem Gymnasium und der Realschule in Ellwangen mit Ablauf des Monats April kraft Gesetzes, **Professor Hummel** bei der Höheren Bauhschule in Stuttgart kraft Gesetzes mit Ablauf des Monats Januar; mit Ablauf des Monats April kraft Gesetzes an evang. Volksschulen: **Oberlehrer Wilhelm Mayer** in Stuttgart, **Oberlehrer Beyer**, **Hegel**, **Bud** in Stuttgart-Bad Cannstatt, **Oberlehrer Stiegelmaier** in Stuttgart-Gaisburg, **Oberlehrer Schöllkopf** in Geislingen-Altenstadt, **Oberlehrer Helm** in Neenningen, **DA. Leonberg**, **Oberlehrer Seeger** in Eßlingen; an kath. Volksschulen: **Volksschullehrer Haug** in Stuttgart-Zuffenhausen, **Oberlehrer Engelhardt** in Redarjum und **Oberlehrer Vogt** in Ludwigsburg.

**Erledigt:** Die Ortsvorkehrstelle in Heidenheim, Kreis Heidenheim, die Stadtpfarrstelle in Oberürkheim.

**Berliner Börse vom 24. Jan.** Die Börse verkehrte auch heute sehr ruhig und abwartend. Die Tendenz war unregelmäßig. Der Rentenmarkt ist sehr ruhig geworden; von ihm ging keine Anregung aus. Anleihen war ruhig und im allgemeinen behauptet. Reichsschuldbuchforderungen kam verändert. Am Geldmarkt sind die Sätze unverändert. Der Markt ist nach wie vor flüssig. Am Devisenmarkt setzte das Pfund seine Besserung fort.

### Die Durchführung der Erzeugungsschlacht

**Stuttgart, 24. Jan.** Unter dem Vorsitz des Abteilungsleiters Gunkel von der Landesbauernschaft fand im Wirtschaftsministerium eine Pressebesprechung statt, bei der die Vertreter des Reichsnährstandes die Richtlinien für die Durchführung der Erzeugungsschlacht bekanntgaben. Zunächst sprach Landesbauernführer **Arnold**, der darauf hinwies, daß die Erkenntnis allgemein Platz greifen müsse, daß es in der Erzeugungsschlacht um die Lebensgrundlage des deutschen Volkes gehe. Es gelte, die Nahrungsfreiheit des Volkes zu gewinnen und die Voraussetzung für die politische Freiheit wäre die dadurch zu erreichende Unabhängigkeit vom Auslandsmarkt. Durch die Einfuhr von Lebensmitteln, die auch im Inland erzeugt werden könnten, trete eine unnötige Verknappung an Devisen ein, weshalb die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu einer Einsparung von Devisen führen und in seiner letzten wirtschaftspolitischen Auswirkung neue Arbeits- und Lebensmöglichkeiten für den deutschen Arbeiter schaffen solle. Zwei Forderungen müßten bei der Durchführung der Erzeugungsschlacht erhoben werden: die Umstellung der Erzeugung, d. h. eine Verminderung der Anbaufläche einzelner Kulturarten zugunsten von erhöhtem Anbau von Getreide und Gespinnstpflanzen, weiter eine gewaltige Steigerung der Erträge aller Ackerfrüchte je Flächeneinheit. Durch die landwirtschaftliche Marktordnung sei der Abschluß der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und durch die Preisbestimmung der gerechte Lohn für die Bauernarbeit gesichert. Auch der letzte Bauer müsse erkennen, daß die bisherigen Maßnahmen die einzig richtigen waren, und tatsächlich sei die Verhinderung der Bauern während der nationalsozialistischen Regierung wesentlich herabgedrückt worden. Weiter sprach Landesobmann **Schüle** im einzelnen über die Marktordnung und Marktregelung. Der feste Brotpreis sei die Basis der heutigen Lebenshaltung geworden, jede Spekulation sei ausgeschaltet, ohne daß dadurch die Privatinitiative verhindert wäre. Die Organisation der Marktregelung sei keineswegs hart, sondern regle sich nach den örtlichen Verhältnissen. Was den Milchablaß betreffe, so sei er durch die Milchregelung um 20 Prozent gesteigert worden, so daß Württemberg sogar zu einem Milchausfuhrland geworden ist. Zusammenfassend stellte der Redner fest, daß die Marktordnung dem ganzen Volke gerechte Preise sichere und sowohl dem Erzeuger, als auch dem Verbraucher in höchstem Maße dienlich sei.

### Ehrentag für die schwäbische Dichtung

**Stuttgart, 24. Jan.** In den Tagen vom 9. bis 11. Februar findet in ganz Württemberg der „Ehrentag der Reichsschrifttumskammer für die schwäbische Dichtung“ statt. Voraussichtlich wird aus diesem Anlaß auch der Präsident der Reichsschrifttumskammer, **Blund**, nach Württemberg kommen und an der Schiller-Ehrung in Marbach teilnehmen. An den Erinnerungs- und Grabstätten schwäbischer Dichter in Stuttgart, Marbach, Tübingen usw. werden Kranzniederlegungen erfolgen. Besonders auch die württembergischen Kulturstätten, wie das Württ. Staatstheater, der Reichsförderer Stuttgart u. a. m. werden sich in den Dienst der idealen Sache stellen.

**Stuttgart, 24. Jan.** (5000 Mark gewonnen.) Am Mittwochabend hatte ein junger Büroangestellter in Stuttgart das Glück, mit einem Los der Winternothilfe-Lotterie 5000 RM. zu gewinnen. Als er sich von seinem glücklichen Schreden erholt hatte, sagte er: „Jetzt wird aber geheiratet.“ Bei dem Gewinner handelt es sich um einen alten Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung aus Wildentierbach, **DA. Gerabronn**.

**Auto fährt in den Redar.** Am Mittwoch kam auf der Straße zwischen Heidesingen und Eßlingen ein Personkraftwagen, der einem entgegenkommenden Auto ausweichen wollte, auf der glatten Straße ins Schleudern und stürzte die Böschung hinab in den Redar. Zum Glück konnte sich der Fahrer durch Einschlagen der Fenster Scheiben aus dem umgestürzten Wagen retten. Er trug nur unbedeutende Verletzungen davon.

**Schaulenferwettbewerb.** Der im März ds. Js. zur Durchführung gelangende 2. Reichsbewerbswettbewerb soll in der Woche vom 17. bis 24. Februar mit einem Schaulenferwettbewerb eröffnet werden. Die jungen Berufskameraden aus den Einzelhandelsbetrieben werden in ganz Deutschland zu diesem Wettbewerb aufgerufen. Es wird bei diesem Wettbewerb der Jugend ganz besonderer Wert darauf gelegt werden, daß sich nicht nur die großen, sondern auch die vielen mittelgroßen und kleineren Einzelhandelsbetriebe daran beteiligen.

**Gingen a. F., 24. Jan.** (Verkehrsunfall.) Hinter dem Ortsausgang kam ein Stuttgarter Auto in eine ungewöhnlich dicke Nebelwand. Trotz aller Vorsicht des Fahrers stieß das Auto auf einen in der Straßenmitte fahrenden Langholzwagen, wobei ein Stamm das Auto durchbohrte und den darin sitzenden Oberregierungsrat Köpf schwer verletzte. Während nun die Verunglückten noch auf der Straße hielten, kam von hinten ein Lastwagenzug, dessen Lenker infolge des dichten Nebels keine Sicht hatte. Er prallte auf das verunglückte Auto auf und schleuderte es etwa 50 Meter weit in das Ackerfeld. Wie durch ein Wunder erlitt Oberregierungsrat Köpf, der sich noch in dem Wagen befand, durch diesen zweiten Zusammenstoß keine weiteren Verletzungen.

**Göppingen, 24. Jan.** (Todesfall.) Nach langer Krankheit ist der frühere Direktor des Bau- und Sparvereins, **Wilhelm Halm**, im Alter von 66 Jahren gestorben. Er hat sich um den Bau- und Sparverein, den er im Jahre 1897 mitbegründet hat, sehr verdient gemacht. Außerdem spielte der Verstorbene in Sängerkreisen eine große Rolle. Seit dem Jahre 1892 gehörte er dem Sängerbund an, bei dem er Schriftführer und Vorstand war. 1919 wurde er zum Ehrenvorstand ernannt.

**Urach, 24. Jan.** (Töblich verunglückt.) Am Mittwoch stürzte ein Uracher Seminarist beim Schifahren im „Langen Grund“ und zog sich einen Schädel- und Armbruch zu. Drei anwesende Kameraden leisteten ihm die erste Hilfe und riefen den Arzt herbei, der die Ueberführung des Verletzten ins Kreiskrankenhaus anordnete. Eine sofort vorgenommene Schädeloperation verschaffte dem Verunglückten zunächst Linderung. Kurz nach Mitternacht trat dann der Tod ein.

**Schwäbisch Gmünd, 24. Jan.** (Ein Gmünder Bürgermeister in Sachsen.) Der Kreisleiter der NSDAP. Aue (Erzgebirge), **Hg. Franz Willmayer**, MdR, ist vom sächsischen Innenminister mit Zustimmung des Reichsstatthalters zum ersten kommissarischen Bürgermeister der Stadtgemeinde Aue in der Kreishauptmannschaft Zwickau ernannt worden. Bürgermeister und Kreisleiter Willmayer ist 1897 in Schwäbisch Gmünd geboren, hat dort das Zisleure, Graveur- und Goldschmiedehandwerk erlernt und nach dem Besuch der Fachschule die Graveurmeisterprüfung abgelegt. Seit Ende 1922 lebt er in Aue und seit 1923 gehört er der NSDAP. an.

**Schramberg, 24. Jan.** (Rodelunfälle.) In den letzten Tagen ereigneten sich zahlreiche Rodelunfälle sowohl bei der Jugend als auch bei Erwachsenen. So mußte ein hiesiges Fräulein mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

**Gingen a. D., 24. Jan.** (Betriebsunfall.) Am Mittwoch ereignete sich in der Reiherei ein bedauerlicher Unglücksfall. Eine Arbeiterin brachte ihre Hand in eine der Maschinen und zwar so unglücklich, daß ihr vier Finger der rechten Hand bis etwa an den Daumenansatz abgerissen wurden.

**Wieberach, 24. Jan.** (Verstöße Straßeverursacht schweren Verkehrsunfall.) Auf der Staatsstraße **Ulm-Friedrichsdorf** ereignete sich zwischen Halde und Schweinhäuten ein folgenschwerer Unfall, dessen Ursache auf Verletzung der Straße zurückzuführen ist. Ein Stuttgarter Personwagen kam ins Schleudern und landete an einem Baum. Der Chauffeur erlitt schwere Verletzungen an Kopf und Arme.

**Rottenburg, 24. Jan.** (Rodelunfall.) Nachmittags ereignete sich auf der Waldsteige schon wieder ein Rodelunfall, bei dem zwei Mädchen und ein Knabe erheblich verletzt wurden. Zu vierein saßen sie auf einem Schlitten, um die Waldsteige herunterzufahren; in der letzten Kurve wurden sie aus der Fahrbahn geschleudert und kamen dabei so unglücklich zu Fall, daß drei verletzt wurden.

**Schlaf, DA. Göppingen, 24. Jan.** (Schl- und Rodelunfälle.) Auf dem Wasserberg und dem in der Nähe gelegenen Tällesberghaus ereigneten sich in den letzten beiden Tagen mehrere Unglücksfälle beim Schifahren. Ein Wintersportler aus Eßlingen brach bei der Abfahrt ein Bein, während ein zweiter eine ganz erhebliche Kniegelenkverletzung davontrug. Eine zum Schifahren aus Stuttgart anwesende Dame brach ebenfalls ein Bein. Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich beim Rodeln, wobei sich eine Eßlinger Landwirtschafterin eine ziemlich schwere Knochenverletzung zuzog.

**Stetten i. Remstal, 24. Jan.** (Waldschäben im Dachsbau.) Beim Ausheben eines Dachsbauwerks erlegte Jagdpächter **Gräß** aus Aldingen, wie er annahm, vier Dachse. Bei näherem Zusehen stellte es sich jedoch heraus, daß es Waldschäben waren. Es dürfte sich dabei um Juchtiere handeln, die aus einer Juchtfarm auf dem Schurwald ausgerissen waren und in dem Dachsbau Unterschlupf gefunden hatten.

**Haslach, DA. Reutlingen, 24. Jan.** (Ehrenpatenschaft.) In einem Schreiben aus der Präsidialkanzlei wurde dem Rechenmacher **Josef Kobi** mitgeteilt, daß unser Führer und Kanzler die Ehrenpatenschaft des 9. lebenden Kindes der Familie Kobi übernommen hat. Außerdem erhielt die Familie die übliche Ehrengabe.

**Hofs, DA. Reutlingen, 24. Jan.** (Brand.) In der Nacht zum Mittwoch brach im Anwesen des Soldners und Rechenmachers **Fr. Josef Krattenmacher** in St. Leonhard Feuer aus. Das Anwesen, das allein steht, brannte bis auf den Grund nieder. Das Inventar und das Vieh konnte gerettet werden, während die Maschinen verbrannten. Das Feuer ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß Wäsche auf die gestorene Güllegrube geworfen wurde.

**Ulm, 24. Jan.** (Neues Donauschiff.) In der Bootswerft **Balkheimer** hier wird zurzeit im Auftrag des ersten Motorschiffahrtsvereins **Ulm** ein Motorschiff gebaut, das dem Zwecke der Donauschiffahrt bis Regensburg dienen soll. Das Schiff hat eine Länge von 20 Meter und ist vier Meter breit. Es hat eine Oberfläche von 70 Quadratmeter, mit Maschinen ein Eigengewicht von 210 Zentner. Das Schiff bietet 120 Personen Platz. Die Schwierigkeiten, die sich bisher bei Donauschiffahrten zeigten, die besonders in dem niederen Wasserstand ihre Ursache hatten, sollen dadurch behoben werden, daß ein Wellentunnel eingebaut wurde, in dem die Schraube nach Belieben eingezogen werden kann.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Besuch des Dresdener Oberbürgermeisters in Warschau.** Der Dresdener Oberbürgermeister **Förner** machte dem Ministerpräsidenten **Kozłowski** und dem Warschauer Stadtpräsidenten **Bejuda**. Besichtigungen von Kunstsammlungen und städtischen Anlagen folgten. Am Abend gab der Warschauer Stadtpräsident, **Minister Starzynski**, ein Essen.

**32 Kinder.** Vor wenigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß der Führer und Reichskanzler bei dem 19. Kinde des Zuhneiders **Langer** in Rasthor die Ehrenpatenschaft übernommen hat. Wie der Oberjohleische Anzeiger dazu berichtend mitteilt, ist **Langer** glücklicher Vater nicht nur von 19, sondern von 32 Kindern, die von drei Ehefrauen geboren wurden und von denen 29 am Leben sind. Diese Kinderzahl ist ein Rekord.

**Die Lindenwirtin 75 Jahre alt.** Am 22. Januar begeht die Lindenwirtin, **Henchen Schumacherin Godesberg** am Rhein, ihren 75. Geburtstag. Von vielen Dichtern wurde sie verehrt und besungen. Auch der Reichsförderer **Röhm** wird sich in Godesberg einfänden, wo die Lindenwirtin einiges aus ihrem Leben erzählen wird.

**Erdbebenstöße in Fiume.** Die Bevölkerung von Fiume wurde Donnerstagabend durch mehrere Erdstöße in große Erregung versetzt. Der erste Stoß um 20.59 Uhr war nur schwach. Um 21 Uhr 02 und 21.12 Uhr folgten jedoch weitere mehrere Sekunden andauernde Erdstöße. Die erschreckten Hausbewohner verließen ihre Wohnurgen und eilten auf die Straßen. Um 22.55 Uhr ereignete sich ein Erdbeben von vier Sekunden Dauer, das allgemeine Panikstimmung verursachte, vor allem in dem dicht gefüllten Theater. Es sind Sachschäden eingetreten.

**In den Züricher See gefahren.** Am Montag ereignete sich auf der Kantonsstraße **Rüschnacht** ein schwerer Autounfall. Der 35jährige **Karl Huber** aus Luzern fuhr mit dem Personauto seiner Firma gegen **Arth**. An der Bezirksgrenze zwischen **Arth** und **Rüschnacht** muß sein Auto ins Schleudern gekommen sein. Es wurde in den Jügersee geworfen, wo es in der Tiefe verschwand. Der Vorklass blieb länger unbemerkt. Man fand dann den Wagenlenker **Huber** tot etwa vier Meter vom Ufer entfernt auf. Im Auto befand sich auch das etwa 20 Jahre alte Fräulein **Frieda Ehrler** aus **Rüschnacht**, das vermißt wird. Es befindet sich vermutlich im Auto, das in einer Tiefe von etwa 15 Meter im See liegt und noch nicht geborgen werden konnte.

**Soldaten im Schneesturm umgekommen.** In der Nähe von **Podgoriça** (**Montenegro**) wurden die Leichen von sieben südslawischen Soldaten aufgefunden, die auf einer Uebung von einem Schneesturm überrascht worden sind. Drei weitere Soldaten werden noch vermißt. Man befürchtet, daß sie ebenfalls ertrunken sind.

**Japanische Dampfer im Sturm gesunken.** Ein japanischer Dampfer ist in der Nähe von **Horijsima** in einem schweren Sturm gesunken und gesunken. 11 Mann der Besatzung werden vermißt. Ein weiterer japanischer Dampfer geriet in einem Hafen auf der Insel **Hokkaido** in einen Taifun und sank ebenfalls. Man befürchtet, daß neun Personen den Tod in den Fluten gefunden haben.

Verantwortlich und Verlag: Buchverlag und Zeitungsverlag **Wildbader Tagblatt** Wildbader Tagblatt, Wildbad i. Schwarzwald (Sph. Th. Bad) Nr. 12, 24 754



**Sämtliche Geschäfts- und Familien-Drucksachen**

liefert schnell und preiswert die

**Druckerei Wildbader Tagblatt**

**Begräbnisverein Wildbad.**

**Generalversammlung.**

Am nächsten Dienstag, den 29. Januar 1935, abends 8 Uhr, findet im alten Schulhaus die Generalversammlung des Vereins statt, wozu sämtliche Mitglieder herzlich eingeladen werden.

Anträge an Oberlehrer **Walz**.

Der Ausschuß.



**Kaiser's Brust-Caramellen**

mit den 3 Tannen

**Fußballverein Wildbad e. V.**

Am morgigen Samstag den 26. Januar 1935, findet im Lokal zum „Schwarzwaldhof“ die

**General-Versammlung**

statt. — Beginn 8 Uhr. — Tagesordnung laut Statuten

Anträge wollen schriftlich bis Samstag abend 5 Uhr beim Vorsitzenden, **Dr. Sommer**, eingebracht werden.

**Ein ausichtsreiches Angebot**

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein Inserat

im „Wildbader Tagblatt“

werden von Sportlern, Turnern und Wandern leidenschaftlich begehrt. Sie bieten Hals u. Rachen Schutz und stärken den Körper. Seit 45 Jahren bewährt.

PREIS: 35.40 U. 75 Pf.

Zu haben bei: Stadt-Apotheke **Dr. C. Metzger** Nf. H. Stephan; Eberhard Drogerie **Carl Plappert**; **Elise Bött**; **C. Aberle**, Inh. **E. Blumenthal**; **Emilie Hammer**; **Ludwig Kappelmann**; **Fritz Kloss** und wo Plakate sichtbar.